



Bundesministerium  
des Innern, für Bau  
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Herrn  
Andrej Hunko, MdB  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 19. März 2019

BETREFF **Schriftliche Frage Monat März 2019**  
HIER Arbeitsnummer 3/130

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung

Prof. Dr. Günter Krings

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko  
vom 12. März 2019  
(Monat März 2019, Arbeits-Nr. 3/130)

---

Frage

*Welche praktischen und/oder gesetzgeberischen Lücken in der Antiterrorpolitik der EU sollen aus Sicht der Bundesregierung prioritär in Angriff genommen werden (Ratsdokument 6684/1/19 REV1), und welche neuen Maßnahmen und/oder Rechtsvorschriften hält sie für erforderlich?*

Antwort

Das in Bezug genommene Ratsdokument 6684/1/19 REV1 war Grundlage der Erörterungen zum Thema Terrorismusbekämpfung beim Rat der Justiz- und Innenminister am 7./8. März 2019 in Brüssel. Zu den im Dokument enthaltenen Fragen nach „praktische(n) und/oder gesetzgeberische(n) Lücken in der Antiterrorpolitik der EU, die dringend in Angriff genommen werden müssen“ und nach „neue(n) Rechtsvorschriften und/oder weitere(n) Arten von Maßnahmen“, die von den EU-Mitgliedstaaten für erforderlich gehalten werden, hat sich die Bundesregierung wie folgt positioniert: Sie hat - wie alle anderen wortnehmenden Mitgliedstaaten - positiv hervorgehoben, dass im Bereich Terrorismusbekämpfung auf EU-Ebene in den letzten Jahren schon viel erreicht worden ist. Als prioritäre Maßnahme sieht die Bundesregierung den Abschluss der laufenden Beratungen zur Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte (TCO-VO) noch in der laufenden EP-Wahlperiode. Bedeutsam auf EU-Ebene ist aus Sicht der Bundesregierung darüber hinaus auch die Stärkung und fortlaufende Evaluierung der EU-Unterstützungsleistungen im Bereich Radikalisierungsprävention.